

Presseinformation

172/2011

Kiel, 19. Mai 2011

Uli Schippels: „Vorstoß des Innenministers gefährdet Kinderbetreuung.“

Lübeck/Kiel. DIE LINKE im Schleswig-Holsteinischen Landtag fordert eine ausreichende Finanzausstattung der Kommunen, damit diese die öffentlichen Aufgaben in den Kommunen wieder solide finanzieren können. Hintergrund sind die Ankündigungen des Innenministers Schlie, die bereits genehmigten Kredite der Stadt um 44 Prozent zu kürzen.

„Das ist ein schweres Foul“, so Uli Schippels, finanzpolitischer Sprecher der LINKEN. „Durch das Eingreifen des Ministers wird auch der gesetzlich vorgeschriebene Ausbau der KiTa-Betreuung in Frage gestellt. Rechtsansprüche von Frauen und Kindern werden so mit Füßen getreten.“

Um die sozialen Aufgaben in Eigenverantwortung erfüllen zu können, musste Lübeck notwendiger Weise Kredite aufnehmen, weil das Land die Schleswig-Holsteinischen Kommunen durch die Kürzung des Finanzausgleiches jährlich zusätzlich mit 120 Millionen Euro belastet.

Die von Minister Schlie geforderte Streckung und Verschiebung von Investitionen führe in eine Abwärtsspirale: „Weniger Investitionen bedeuten auch weniger Steuereinnahmen und erneute Defizite“, so Uli Schippels weiter.